das rote blatt
für den besseren Durchblick

1/2008 September 2008

zeitung der dkp - der deutschen kommunistischen partei - darmstadt

Was wollen die Kommunisten?

Liebe Darmstädter Bürgerinnen und Bürger,
dies ist die erste Ausgabe unseres Roten Blattes, der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für Darmstadt. Mit dieser Zeitung wollen wir Sie regelmäßig über die Positionen und Initiativen der Darmstädter Kommunistinnen und Kommunisten informieren.
Wir hören bei Gesprächen auf Veranstaltungen oder an Infoständen häufig die Fragen: "DKP? Euch gibt's noch?" oder "Seid ihr nicht alle in der Partei 'Die Linke'?".
Wir von der DKP sind den Weg in die Partei Die Linke (PDL) nicht mitgegangen - und das aus gutem Grund. Es muss eine Kraft geben, die dem real existierenden Kapitalismus eine sozialistisch-kommunistische Alternative und Perspektive entgegensetzt. Das ist und bleibt die notwendige Antwort auf die gravierenden Probleme der Menschheit heute und für Lösungen der Zukunft im Interesse der Völker. Und da sind Kommunistinnen und Kommunisten unverzichtbar. Die PDL dagegen ist eine linksreformistische Partei, mit der wir auch hier in Darmstadt versuchen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Das zeigt sich in unserer Mitarbeit in der Stadtverordnetenfraktion Die Linke Darmstadt, deren Fraktionsvorsitzender ich zur Zeit bin. An dieser Zusammenarbeit wollen wir auch in Zukunft festhalten ohne unsere Eigenständigkeit zu verlieren. Gerade bei Wahlen werden wir versuchen möglichst viele fortschrittliche, progressive Stimmen zu bündeln.
Zum Schluss möchte ich Sie ermutigen: Informieren Sie sich, sprechen Sie uns an. Der Satz aus dem Manifest der Kommunistischen Partei gilt auch noch heute: "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen."

Rainer Keil

Kreisvorsitzender der DKP Darmstadt-Dieburg und Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion "Die Linke Darmstadt"

NEIN! zur Klinikum-Privatisierung

Beschäftigte und Patienten sollen Zeche für katastrophale Gesundheitspolitik zahlen.

Stadtrat Dierk Molter (FDP), zuständiger Dezernent für das städtische Klinikum, stellte am 02.06.2008 ein Konzept der Unternehmensberatungsfirma Andree Consult der Öffentlichkeit vor. Eckpunkte dieses vom Magistrat in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit sind die Umwandlung des städtischen Klinikums in eine GmbH und die Zusammenlegung der Standorte Eberstadt und Grafenstrasse. Molter ließ die Öffentlichkeit weiter wissen, dies habe nichts mit Privatisierung zu tun, die Stadt sei weiterhin Träger der künftigen Klinikum-GmbH und könne über den Aufsichtsrat ihren Einfluss geltend machen. Hauptgrund für die Änderung der Rechtsform sei die Notwendigkeit "schnellere Entscheidungswege" einzuführen. Das Defizit des Großkrankenhauses belief sich im letzten Jahr auf 2,75 Millionen Euro, dieses Jahr ist mit einem Minus von 8 Millionen Euro zu rechnen.

Augenwischerei

Dass die Vertreter der Partei der Besserverdienenden Freunde der Privatisierung fast aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind, ist allseits bekannt. Natürlich nur, wenn ordentlich Gewinn in Sicht ist. Dierk Molter macht da keine Ausnahme. Seiner Aussage, die Umwandlung des städtischen Klinikums in eine gemeinnützige GmbH habe nichts mit Privatisierung zu tun, ist reine Augenwischerei. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen dieser Art bundesweit, die alle nach ähnlichem Schema ablaufen. Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH - Gründung einer Holding und Ausgliederung einzelner Klinikum-Bereiche in "normale" GmbH`s - Verkauf gewinnträchtiger Teile an Firmen wie Helios. Diese gewerblichen privaten Betreiber sind in erster Linie daran interessiert, mit ihren Krankenhäusern Gewinne zu erzielen. Bleiben diese aus oder es werden Defizite erwirtschaftet, besteht die Gefahr der Insolvenz. Das bedeutet dann Weiterverkauf oder Schließung. Dies ist kein Horroszenario,

Weiter auf Seite 2

Inhalt

Aktuelles

Was wollen die Kommunisten? 1
NEIN! zur Klinikum-Privatisierung 1
Die Abzocker 2
40 Jahre DKP Darmstadt - eine Geschichte ohne Ende 3
Listige Bergvölker: Die SDAJ erobert den Odenwald 4

Rubriken

Impressum 3
Termine/Vorankündigungen 4

sondern bittere Realität: Helios hat sich aus genau diesen Gründen 2005 von seinen Krankenhäusern im österreichischen Kitzbühel und 2006 im badischen Herbolzheim getrennt.

Finanzieller Kollaps

Dabei ist die finanzielle Situation des städtischen Klinikums kein Darmstädter Problem. Egal welche Rechtsform auch immer - Krankenhäuser stehen kurz vor dem finanziellen und personellen Kollaps. Personalabbau und extreme Arbeitsverdichtungen prägen das Bild. Ein wesentlicher Grund für die finanzielle Notlage der Krankenhäuser ist die so genannte Deckelung der Budgets-, durch Koppelung der Krankenhausbudgets an die Einnahmen der Krankenkassen.

Die Unternehmensberater von Andree Consult empfehlen weiterhin die Zusammenlegung der Standorte Eberstadt und Grafenstrasse. Hier werden Synergieeffekte erkannt - übersetzt heißt das Personalabbau und weitere Leistungsverdichtung. Die Beschäftigten und ihre Familien sollen also für die verkorkste Gesundheitspolitik der Bundesregierung die Zeche zahlen. Für Umbau, Neubau und Sanierung soll ein Public Private Partnership (PPP) genutzt werden. Auch dies trifft natürlich auf die Zustimmung des FDP-Dezernenten. Bei PPP, eingedeutscht auch ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft) genannt, soll ein privater Investor nicht nur wie bisher Sanierung oder Bau einer Schule, eines Rathauses, eines Krankenhauses oder eines Gefängnisses, sondern auch Planung und Finanzierung sowie dazu gleich noch den langfristigen Betrieb übernehmen. Die öffentliche Hand zahlt im Gegenzug 20-30 Jahre lang Miete. Die PPP-Investoren verbergen sich hinter anonymen, verwinkelten Rechtskonstruktionen, ihre Geldflüsse und internen Effizienzgewinne sollen geheim bleiben. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates und der Kommunen werden ohne demokratische Kontrolle an unbekannte Finanzakteure weiterverkauft.

Dunkle Wolken der Privatisierung ziehen sich über dem darmstädter Klinikum zusammen

Was ist zu tun?

Bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Darmstädter Stadtparlament wäre eine Hoffnung in die Einsicht der politisch Verantwortlichen grob fahrlässig. Gebot der Stunde ist: Rein in die Gewerkschaft und vor Ort aktiv werden. Die Umwandlung und weitere Privatisierung des städtischen Klinikums kann nur durch starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaftsstrukturen verhindert werden. Sollte eine Änderung der Rechtsform kommen, gilt es wichtige Dinge in einem Überleit-Tarifvertrag zu retten: Die Tarifbindung für alle, keine betriebsbedingten Kündigungen, den Erhalt der Klinikum-Standorte, ein Verkaufsverbot - das Klinikum muss in öffentlicher Hand bleiben.

Die Öffentlichkeit - insbesondere Patienten - müssen über die drohenden Risiken der Umwandlung in eine GmbH informiert und sensibilisiert werden.

Die DKP steht in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Beschäftigten des Klinikums - den ersten Schritt müssen die Betroffenen aber selber tun. Wir werden unser Möglichstes leisten um sie dabei zu unterstützen.

rke

Die Abzocker

Allianz TEXACO EnBW

Inflation - nicht nur gefühlt

Wohin man schaut: die Preise steigen. Ob bei Aldi für Milch und Brot, oder an der Tankstelle für das Benzin. Der nächste Schock kommt mit der Strom- und Heizungsrechnung. Ende des Jahres beispielsweise sollen die Gaspreise um 40% (!!) steigen.

Naivere Zeitgenossen vertrauen auf unsere Politiker. Die Mehrheit allerdings hat bemerkt, dass in diesem Land - mit seiner kapitalistischen Wirtschaftsordnung - die Ungerechtigkeit Prinzip ist. Und dass die etablierte Politik Lösungen vorschlägt, die keine sind.

Hoffentlich sind wir reich

Schon eher ist da bei Deutsche Bank-Boss Josef Ackermann das Vertrauen in die Politik berechtigt. Angesichts der gewaltigen Verluste durch die Finanzkrise glaubt er nicht mehr an die "Selbstheilungskräfte des Marktes" und fordert Unterstützung durch den Staat. Der soll die Verluste seiner riskanten Finanzspekulationen übernehmen.

Dabei waren die Banken weltweit die Branche mit dem höchsten Profit - noch vor der Öl- und Gaswirtschaft. Jahr für Jahr jagten sie zu neuen Profitrekorden: weltweit von 372 Mrd. Dollar im Jahr 2000 auf 788 Mrd. Dollar in 2006.

In ihrer Gier haben sie die Spekulationsblase auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt immer weiter aufgeblasen.

Die Blase platzt

Seit Ende 2007 sind die meisten Banken mit herben Verlusten aus ihrem Engagement im US-Hypothekenmarkt konfrontiert. Hunderte Milliarden mussten abgeschrieben werden. Das Ende ist noch nicht in Sicht. Die Menschen, die der Bank vertrauten, werden aus ihren Häusern vertrieben, die Arbeitsplätze zu Tausenden vernichtet.

Auch deutsche Banken hatten munter mitgezockt. Nicht nur private, sondern auch staatliche, wie die IKB und öffentlichen Landesbanken. Nach und nach gestanden z.B. die forschen Topbanker der Bayerischen Landesbank kleinlaut ein, dass sie mit ihren Spekulationen der BayernLB einen "Wert"papier-Müllberg von insgesamt 24 Milliarden Euro beschehrt hatten. CSU-Bayern ist damit Spitze bei den Belastungen der Landesbanken.

Die Finanz-Haie

Die großen Finanzkonzerne - Deutsche Bank, Allianz, UniCredit - nutzen die Gunst der Stunde. Sie kaufen angeschlagene und kleinere Finanzinstitute auf und schielen nach den öffentlichen Banken. Der Sachverständigenrat

Weiter auf Seite 3

empfiehlt der Bundesregierung, Sparkassen und Landesbanken zu privatisieren. Die Heuschrecken stehen schon bereit, um sich dann die lukrativen Teile des öffentlichen Eigentums unter den Nagel zu reißen.

Die Finanzkrise ist wieder da

Die Finanzkrise hat sich mit einem Knall zurückgemeldet. In den USA kommen immer mehr Banken ins Trudeln. Amerikanische und europäische Zentralbank haben Hunderte Milliarden in die Finanzkreisläufe geschossen. Das hat zwar den Banken vorübergehend aus der Klemme geholfen und Spekulanten geschützt, aber die Inflation angeheizt. Der Export ist rückläufig, die Binnennachfrage lahmt, die Zinserhöhung belastet die Konjunktur. Schon beginnen die Konzerne mit Entlassungen.

Tödliche Gier

Die Finanzspekulation hat inzwischen das Gebiet gewechselt. Banken, Pensions-, Investment- und Hedgefonds ziehen weiter - vom Immobilien- zu Öl- und Lebensmittelmärkten. Das treibt die Preise für Energie und Nahrung noch weiter nach oben. Für viele Verbraucher werden Grundnahrungsmittel unerschwinglich. Weltweit nimmt der Hunger zu.

Die Gier der Superreichen und Finanzkonzerne wird für viele Menschen in Entwicklungsländern zur tödlichen Gefahr.

Aber auch hierzulande werden die Familien mit niedrigem Einkommen am härtesten getroffen. Die Ausgaben für Essen, Miete, Heizung und Strom fressen immer mehr vom Lohn. Zum Sparen bleibt nichts übrig. Was ist, wenn dann die Waschmaschine ihren Geist aufgibt?

Wenn diese Krise wirklich bekämpft werden soll, dann muss mit der Logik des Profits gebrochen werden.

> *"Wir züchten hier das nächste Monster heran. Hoffentlich sind wir alle reich und in Pension, bevor dieses Kartenhaus zusammenbricht."*
> **(aus der eMail eines Analysten einer großen Agentur an einen Kollegen; anonymisiert veröffentlicht von der US-Börsenaufsicht SEC)**

Die Alternative

**** Löhne und Renten müssen erhöht werden. Die Wochenarbeitszeit ist deutlich zu senken. Ein ausreichender Mindestlohn ist flächendeckend einzuführen. Das stärkt die Nachfrage, sichert Arbeitsplätze und verbessert das Leben.***

**** Reiche, Konzerne und Banken sind steuerlich in die Pflicht zu nehmen.***

Die steuerliche Hauptlast in unserem Land liegt auf den Schultern der Lohnabhängigen. Spitzenverdiener und Unternehmen haben über Jahrzehnte Steuergeschenke und Vergünstigungen erhalten. Dies ist umzukehren. Wir brauchen Erbschafts- und Vermögenssteuern, die das Geld dort abschöpfen, wo es massenhaft vorhanden ist. Die Mehrwertsteuer ist zu senken.

**** Spekulation mit Energie und Lebensmittel verbieten.***

**** Öffentliches Eigentum an Sparkassen und Landesbanken erhalten. Aber: Schluss mit dem Filz der neoliberalen Eliten. Demokratische Kontrolle von Unten.***

**** Demokratisierung der Europäischen Zentralbank. Ihre Aufgabe: Vollbeschäftigung und Entwicklung, Finanzierung langfristig angelegter Struktur- und Regionalprogramme für den Übergang zu einer anderen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.***

**** Energiekonzerne enteignen!***

40 Jahre DKP Darmstadt

Erfolgsgeschichte mit Fortsetzung

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und steht in der Tradition der 1918 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mitbegründeten, 1933 durch die Faschisten und schließlich 1956 durch die westdeutsche Adenauer-Regierung verbotenen und verfolgten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns erst allmählich wieder erholen. Zählte die DKP in der alten Bundesrepublik noch Mitte der 80er Jahre über 45.000 Mitglieder, so sind es heute, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa in den Jahren 1989/90, rund 4.300 Genossinnen und Genossen in West- und Ostdeutschland. In den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem junger Menschen allerdings wieder spürbar zu.

In Darmstadt gehört die DKP seit 40 Jahren zur linken Szene und Parteienlandschaft und bringt sich hier aktiv ein. In den vergangenen 40 Jahren waren und sind viele unserer Genossinnen und Genossen in Betrieben als Betriebsräte bzw. Jugendvertreter aktiv und engagieren sich auf den unterschiedlichsten Ebenen in den DGB Gewerkschaften für die Belange der Beschäftigten. In diesen 40 Jahren waren auch viele unserer jüngeren Mitglieder in Schüler- vertretungen und im Stadtjugendring aktiv und habe sich dort für die Interessen der jungen Menschen in dieser Stadt eingesetzt.

Kommunalpolitisch hat sich die DKP in dieser Zeit immer wieder mit ihren Kleinzeitungen "Darmstadt Aktuell" und "Blickpunkt Kranichstein" zu Wort gemeldet und war z.B. aktiv am Kampf gegen die Osttangente in den 70er Jahren beteiligt.

Der Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, so z.B. gegen die Berufsverbote, gehört ebenso zu unserem politischen Selbstverständnis wie der Kampf gegen den Vietnam Krieg. Heute engagieren wir uns gegen den Überwachungswahn eines Herrn Schäuble und den Krieg im Irak und die bundesdeutschen Kriegsabenteuer in Afghanistan.

Die DKP Darmstadt hat in den vergangenen 40 Jahren Höhen und Tiefen erlebt und ist im Moment wieder dabei Fuß zu fassen, vor allem auf kommunalpolitischer Ebene, durch die nunmehr über 6 jährige aktive Mitarbeit in der Fraktion die Linke (bis Ende 2005 in der Fraktion PDS-DKP/Offene Liste) im Darmstädter Stadtparlament. Aber auch in den Bereichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und vor allem im Jugendbereich sind für unsere

Weiter auf Seite 4

Impressum

DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße

LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407
Fax: +49 6151 788406
eMail: info@dkp-darmstadt.de
URL: http://www.dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:
107 562 62 bei der SEB Bank Offenbach (BLZ: 505 101 11)

Partei Erfolge zu verbuchen, die uns für die nächsten Jahre optimistische stimmen. Immer mehr, vor allem auch junge Leute erkennen, dass es sich lohnt für eine andere, eine friedlichere, eine humanere, eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.
Im diesem Sinne werden wir Sie, liebe LeserInnen durch unsere neue Kleinzeitung "das rote Blatt" informieren und hoffentlich auch motivieren, sich für die eigenen Interessen aktiv gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen bundesdeutsche Kriegsabenteuer und gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit einzusetzen.

fpa

Listige Bergvölker
Die SDAJ erobert den Odenwald

Vor wenigen Wochen wußte im Odenwald kaum jemand, wofür die 4 Buchstaben stehen. Inzwischen ist die SDAJ* dabei, wenn es um Jugendpolitik im Odenwald geht. Das Rote Blatt sprach mit Nico, einem Aktivisten der ersten Stunde.

RB: Nico, du hast dich persönlich stark und erfolgreich dafür engagiert, dass es im Odenwald eine eigene SDAJ-Gruppe gibt. Kannst Du uns etwas zu den Hintergründen erzählen?
Nico: Seit Jahren wird in ganz Deutschland immer mehr eine Politik verfolgt, die sich gegen die Interessen von SchülerInnen, Azubis und StudentInnen richtet und von der ausschließlich Konzern- und Bankenbosse profitieren.
In unserer Region erleben wir die Widersprüche und Folgen dieser asozialen Politik, die von Roland Kochs Gruselkabinett noch mit besonderer Vehemenz betrieben wird. Die um alle Zukunftschancen gebrachten Jugendlichen erhalten von Kochs CDU, die traditionell sehr gute Kontakte ins rechtsextreme Lager hat, dann auch gleich die biertischdumpfen Lösungen präsentiert.
Wir, die SDAJ, kämpfen seit nunmehr 40 Jahren gegen diese Zustände für eine solidarische sozialistische Welt.
RB: Die Nazis im Odenwald und an der Bergstraße treten zunehmend frecher und aggressiver auf. Von offizieller Seite wird das Problem verharmlost oder ignoriert. Welche Ideen habt Ihr, um hier einen demokratischen Gegendruck zu entwickeln?
Nico: Wir arbeiten eng mit antifaschistischen Organisationen wie "odenwald gegen rechts" oder der Antifa zusammen um den Faschismus zu bekämpfen. Den Menschen muss klar gemacht werden, dass die Interessen aller Lohnabhängigen gleich sind und dass die Feinde des gemeinschaftlichen Wohlstandes die bürgerlichen Parteien sind und nicht "Ausländer".
RB: Die SDAJ-Gruppe im Odenwald ist noch ziemlich jung - nicht nur was die einzelnen Mitglieder betrifft. Wie siehst Du Eure Perspektiven?
Nico: Gerade bei den SchülerInnen und Auszubildenden gibt es ein großes Interesse daran, dass ihre Interssen durchgesetzt werden und nicht länger an Demokratie und sozialen Hilfen gestrichen wird. Die Politik der CDU hat gezeigt, dass rechte Parteien keine Antwort auf die Forderungen die Schülerinnen geben. Im Gegenteil, mit G8 und Unterrichtsgarantie plus haben die regierenden Parteien wieder einmal einen Schritt gegen die Interessen der Schülerinnen unternommen. Die Schülerinnen merken das und sind nicht länger einverstanden mit dieser Politik.
RB: Wie erklärst Du dir - angesichts der Tatsache, dass es hier auch Gruppen der Jusos und von ['solid] gibt - das große Interesse, das Jugendliche im Odenwald an der SDAJ haben?
Nico: Im Odenwald gibt es eine aktive Jugend, die Kritik an den Herrschenden übt. Doch auch Jusos und solid sind Organisationen, die immer mehr dem Opportunismus verfallen. Die SDAJ will den Sozialismus und keine sogenannte "Soziale Marktwirtschaft" in der die Probleme der Bevölkerung nicht gelöst werden.
RB: Danke Nico für das interessante Gespräch. Wir wünschen Dir und deinen GenossInnen viel Spaß und Erfolg bei Eurer Arbeit in der SDAJ-Odenwald.

bbl

* Wer's nicht weiß: **SDAJ** steht für **S**ozialistische **D**eutsche **A**rbeiter**j**ugend**.** Weitere Infos gibt es unter http://www.sdaj-online.de

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung "Unsere Zeit" für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo (bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name Vorname
Telefon Geburtsjahr
Straße
PLZ / Ort

UZ
Che würde UZ lesen !

CommPress Verlag GmbH * Hoffnungstraße 1 * 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 * www.unsere-zeit.de

Termine

27. Sep. 2008	Veranstaltung "40 Jahre DKP", Recklinghausen, Bürgerhaus Süd
21. Okt. 2008	Mitgliederversammlung der DKP Darmstadt/Dieburg/Bergstraße um 19:30 Uhr im Linkstreff Georg Fröba
25./26. Okt. 2008	Bundesweiter Kongress zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken im DGB-Haus Frankfurt